

# Im Dauerfeuer der Fragen

**PARLAMENT** Haseloff beklagt, die vielen Abgeordneten-Anfragen an die Landesregierung seien kaum noch zu bewältigen. Opposition fürchtet um ihre Rechte.

VON JAN SCHUMANN

**MAGDEBURG/MZ** - Wie viele Polizeianwärter arbeiten in Sachsen-Anhalt, welche Anwaltskanzleien vertreten die Regierung - und wie viele Solaranlagen betreibt das Land eigentlich auf seinen Verwaltungsgebäuden? Solche Fragen sind es, die Sachsen-Anhalts Landtagsabgeordnete umtreiben. Ihr Antrieb ist nicht nur privater Wissensdurst: Oft brauchen Parlamentarier derartige Informationen aus der Verwaltung, um politisch effektiv arbeiten und die Regierung kontrollieren zu können. Das Auskunftsrecht ist deshalb in der Landesverfassung garantiert: Die Regierung muss Abgeordnetenfragen „nach bestem Wissen unverzüglich und vollständig“ beantworten, heißt es in Artikel 53.

Allerdings: In den Ministerien ächzen sie seit Jahren unter den sogenannten Kleinen Anfragen aus dem Landtag. Häuser wie das Innen- und Gesundheitsministerium müssen regelmäßig ellenlange Kataloge schriftlich beantworten - als Frist gilt ein Monat, Verlängerungen müssen eigens zwischen Fragesteller und Regierung vereinbart werden. Ein Limit für Fragen und deren Detailgrad besteht dagegen nicht.

## Regierung beklagt Aufwand

Jetzt hat sich Ministerpräsident Reiner Haseloff vor die Verwaltung gestellt und einen Brief an Landtagspräsident Gunnar Schellenberger (beide CDU) verfasst: Haseloff regt an, die Definition für Kleine Anfragen zu prüfen. Denn seit geraumer Zeit sei ein „erhöhter Eingang“ an Anfragen zu verzeichnen, schreibt er an Schellenberger. „Zum Teil weisen diese Kleinen Anfragen darüber hinaus



Präsident der Abgeordneten: Gunnar Schellenberger (CDU).

FOTO: DPA

einen enormen Umfang auf“, heißt es in dem Brief, der der MZ vorliegt. Haseloff nennt ein Beispiel: Zum Thema Schusswaffen in Sachsen-Anhalt reichte der AfD-Abgeordnete Florian Schröder jüngst einen Katalog ein, der

47 Einzelfragen umfasste - teils sehr detailliert. Tatsächlich ist das ein Ausreißer nach oben: Oft sind Anfragen zu Umweltschutz, Verkehrs- oder Justizthemen auch nur vier, fünf Fragen lang.

Haseloff betont aber mit Blick auf Schröders Fragen: Eine fristgemäße Beantwortung in solchen Umfängen könne „selbst in Zeiten normaler Arbeitsbelastung nicht gewährleistet werden“. Zumal häufig Ministerien betroffen seien, „die bereits aufgrund der Krisenlagen der vergangenen Monate und Jahre außergewöhnlich hoch beansprucht werden“. Das bestätigt etwa das Gesundheitsministerium der MZ: Die Zahl Kleiner Anfragen sei „seit Beginn der neuen Legislaturperiode massiv gestiegen“, die Arbeitsfähigkeit einiger besonders betroffener Referate leide darunter. Haseloff betont, er achte das Fragerecht des Landtags. Allerdings regt er eine Prüfung dazu an, ob die Definition „Kleine Anfrage“ noch passt.

In der Opposition kommt der Vorstoß aus der Regierung nicht

gut an. „Das ist ein kaum verhohlener Angriff des Ministerpräsidenten auf Fragerechte der Abgeordneten“, sagt Sebastian Striegel, parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen. Er sieht insbesondere einen Angriff auf die Opposition. „Das ist inakzeptabel“, sagt auch Linken-Fraktionschefin Eva von Angern. Bei Zeitschwierigkeiten gebe es bereits die Möglichkeit zur Fristverlängerung. AfD-Co-Fraktionschef Ulrich Siegmund kritisiert: „Wir haben in mehreren Fällen feststellen müssen, dass die Landesregierung nur sehr dünn oder falsch antwortete.“ Die AfD-Fraktion unterstütze kein Vorhaben, das das Frage- und Auskunftsrecht beschränke.

## Regelmäßig Streit vor Gericht

Ein Grund, aus dem vor allem die Opposition sauer ist: Die Regierungsfaktionen erhalten zumindest über Umwege interne Informationen aus Regierung und Verwaltung. Denn die Minister von CDU, SPD und FDP haben einen engen Kontakt zu ihren Parteifreunden - im Falle von CDU und FDP sitzen Minister sogar als Mitglieder in den Fraktionen.

Wie weit das Fragerecht des Landtags gehen darf, ist immer wieder umstritten: Aktuell verklagt die Linke die Landesregierung vor dem Landesverfassungsgericht, weil das Innenministerium Antworten in brisanten Fällen zur Verschlussache erklärte. 2021 gaben die Richter der Fraktion bereits in einem anderen Fall Recht: Die Linke hatte geklagt, weil das Bildungsministerium Antworten mit der Begründung verweigerte, der Arbeitsaufwand sei unzumutbar. Die Richter verdonnerten die Landesregierung schließlich zur Beantwortung.



„Zum Teil haben diese Anfragen einen enormen Umfang.“

Reiner Haseloff (CDU)

Ministerpräsident

FOTO: DPA